

zen. Dabei basieren alle ihre Forderungen auf der maßlosen Unterstellung der Verletzung von Menschenrechten in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, deren Nachweis unter anderem mit Verleumdungen und Diskriminierungen des Untersuchungshaftvollzuges erbracht werden sollen. Die fortwährenden von den Feindeinrichtungen inspirierten bzw. erhobenen Forderungen an internationale Organisationen, Gremien und Einrichtungen zum Handeln gegen die "Menschenrechtsverletzungen" in der DDR und anderen sozialistischen Staaten stellen zugleich Diskriminierungen der bisherigen Tätigkeit der internationalen Organisationen dar. Damit wird von den Feindeinrichtungen der Versuch unternommen, diese zu im Widerspruch zu ihren Statuten und Satzungen stehenden Aktivitäten zu veranlassen und sie zur Durchsetzung der konterrevolutionären Zielsetzungen des Gegners zu mißbrauchen. Um diesem Vorgehen unter Hinweis auf den durch "umfassende Aktivitäten bekundeten Willen der Öffentlichkeit" Nachdruck zu verleihen, inspirieren die Feindeinrichtungen sowohl DDR-Bürger als auch Bevölkerungskreise des Auslandes und Westberlins im Zusammenhang mit angeblichen Menschenrechtsverletzungen in der DDR

- Bittbriefe an die Bundestagsabgeordneten aller Parteien, an kirchliche Würdenträger und Leitungen, Publizisten und Funktionäre von Organisationen zur Unterstützung zu senden.
- Petitionen mit Forderungen der Hilfeleistung an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das ZDF-Magazin "Hilferufe von drüben", das Europäische Parlament in Luxemburg, an die Internationale Liga für Menschenrechte in New York und andere zu richten.
- "Proteste" bei führenden Repräsentanten und staatlichen Organen der DDR einzulegen.
- Flugblätter entsprechenden Inhalts anzufertigen, zu verteilen sowie Unterschriften zu sammeln und diese Maßnahmen der Presse mitzuteilen.